

APPELL ZUR FRIEDENSLIEBE

Erklärung an die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg zu deren Amtsantritt

Zum Jahresbeginn 2011 ist aus der ehemaligen, vom Grundgesetz strikt auf die Verteidigung beschränkten Wehrpflichtarmee eine reine Berufsarmee geworden – eine Armee im Einsatz. Die Bundeswehr versucht zunehmend größeren Einfluss auf das Bildungswesen zu nehmen, um die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland in Zeiten des Afghanistankrieges zu legitimieren. Mittlerweile haben acht Bundesländer Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet, die der Bundeswehr bzw. den Jugendoffizieren Vorrang in den Bildungseinrichtungen einräumen. In Baden-Württemberg wurde diese Vereinbarung am 4. Dezember 2009 mit dem Kultusministerium getroffen.

Vor der Landtagswahl am 27. März 2011 haben sich die ExpertInnen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung ausgesprochen.

Schülerinnen und Schüler sollten das Recht auf umfassende und differenzierte Informationen über das Thema Friedenssicherung und Kriegseinsätze haben, damit sie sich hierzu selbst eine Meinung bilden können. Das Auftreten der Bundeswehr in Schulen bedeutet eine institutionalisierte Bevorzugung militärischer Sichtweisen und verstößt gegen das Gebot zur Friedensliebe aus Art. 12 Abs.1. der Verfassung des Landes Baden-Württemberg.

Die Friedenserziehung ist sowohl in der Verfassung als auch im Schulgesetz des Landes Baden-Württemberg verankert. Der Bundeswehr darf daher im Bereich Schule und Bildungswesen kein Podium geboten werden.

Die Förderung von Projekten der Friedenserziehung ist nun auch Bestandteil des Koalitionsvertrages (S. 17: Bildungsziele Demokratie und nachhaltige Entwicklung). Das ist gut so.

Denn die Erziehung unserer Kinder zu einer Konfliktbewältigung, die ohne jegliche Form der Gewaltanwendung auskommt, muss uns am Herzen liegen. Die Friedenserziehung ist nicht erst in der Schule, sondern von klein an durch unser Vorbild und unser praktisches Handeln der nächsten Generation zu vermitteln.

Eines ist die Regierung von Bündnis 90/Die Grünen und SPD aber noch schuldig, wie vor der Wahl angekündigt:

Lösen Sie die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auf!

Der versprochene Politikwechsel sollte auch die Nachhaltigkeit bei der Lösung von Konflikten ernst nehmen.

Wir bitten Sie, diesen Appell zu unterzeichnen und zu verbreiten.

Bitte senden Sie uns Ihre Unterschrift möglichst umgehend, spätestens bis 10. Mai 2011 an: ba-wue@dfg-vk.de, im Betreff bitte „Unterstützung Appell“ angeben.

Dieser Appell wurde initiiert von:

Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ und Die AnStifter – Bürgerprojekte gegen Gewalt und Vergessen

- Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“: <http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de>
- Friedensethik in Schulen - Entschließung der Friedensbeauftragten der ev. Landeskirche in Baden-Württemberg: http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de/Hintergruende/EAK_Beistaende%202010%20Herbst%20Entschliessung.pdf